

Lebenshilfe versorgt 1.500 Menschen

LWL überweist im Mühlenkreis 111 Millionen Euro für Sozialausgaben

■ **Lübbecke** (nw). Der Ort war gut gewählt und mit Dr. Fritz Baur, dem Ersten Landesrat im Landschaftsverband Westfalen-Lippe, ein kompetenter Ansprechpartner aus Münster ange- reist. Auf Einladung des Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Haseloh trafen sich in der Lebenshilfe Lübbecke rund 30 Vertreter aus Kommunen sowie aus Einrichtungen der Behindertenhilfe aus Ostwestfalen-Lippe, um die Kostenentwicklung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen zu diskutieren.

»Bund an Finanzierung beteiligen«

Horst Bohlmann, Vorstandsvorsitzender der Lebenshilfe Lübbecke, unterstrich die besonderen Hilfeleistungen seiner Behinderteneinrichtung: „Aus unserer Bastelstube aus dem Jahr 1962 ist eine Unternehmensgruppe mit drei Gesellschaften und einer Stiftung geworden.“

Die Lebenshilfe Lübbecke unterhält Werkstätten an sieben Standorten. Hinzu kommen sechs Wohnheime im Kreisgebiet, Kindergärten, ambulante und familienunterstützende Dienste. „Rund 500 Mitarbeiter versorgen 1.500 leistungsberechtigte Menschen mit Behinderungen und ihre Familien.“

Leistungen, die rechtlich begründet und unverzichtbar seien. „In Nordrhein-Westfalen geben die beiden Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe für die Eingliederungshilfe rund 3 Milliarden Euro für 115.000 Leistungsberechtigte aus“, sagte Dr. Fritz Baur. „Wir

sind ein verlässlicher Partner sowohl für die betroffenen Familien wie auch für die Einrichtungen.“

Zugleich stellte er fest, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die Zahl der Menschen mit Unterstützungsbedarf seit Jahren erheblich zunimmt, auch begründet durch den medizinischen Fortschritt.

„Diese positive Entwicklung trägt aber dazu bei, dass unser Landschaftsverband genauso wie die Kreise und Kommunen die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit erreicht haben“, warnte Dr. Baur. „Wir kämpfen mit jährlichen Mehrausgaben in den Sozialhilfehaushalten von fünf Prozent“.

Der LWL sehe daher die inhaltliche Fortentwicklung wie auch die Sicherung des Leistungsniveaus in der Behindertenhilfe gefährdet. „Wir erhalten unser Geld durch die Umla-

gen aus den Kreisen und Kommunen, die finanziell mit dem Rücken an der Wand stehen“.

So seien 2008 in den Kreis Minden-Lübbecke 65 Millionen Euro Eingliederungshilfe seitens des Landschaftsverbands geflossen. Insgesamt hätten die Sozialausgaben des LWL im Mühlenkreis bei 111 Millionen Euro gelegen. Umgekehrt zahlte der Kreis Minden-Lübbecke 52,5 Millionen Euro als Umlage an den Landschaftsverband.

Eine Lösung könne sein, den Bund an der Finanzierung zu beteiligen.

„In den zurückliegenden Jahren ist es gelungen, ein flächendeckendes Netz an ambulanten und stationären Angeboten für Menschen mit Behinderungen aufzubauen. Dies darf in einer Situation, in der die kommunalen Einnahmen deutlich zurückgehen, nicht gefährdet werden“, sagte Karl-Heinz Haseloh.



Reform gefordert: Christian Lemper (v.l.), Karl-Heinz Haseloh, Birgit Härtel, Inge Howe, Ernst-Wilhelm Rahe, Dr. Fritz Baur, Günter Meyer, Wilfried Röhling und Horst Bohlmann.